



Endspurt – Personalratswahlen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits sehr früh – man hatte fast den Eindruck, die Wahlvorstände wollten dringend die Wahlunterlagen loswerden – startete die Briefwahl. Landesweit, jedoch nicht einheitlich und zeitgleich. Wir können den Unmut einiger Wählerinnen und Wähler verstehen, die mitbekommen haben, dass man im Nachbarpräsidium bereits die Unterlagen erhalten hatte, während man selbst noch darauf wartete.

Was jedoch im Hintergrund geschah, war eine Mammutaufgabe: Fast drei Tonnen Papier wurden allein beim Wahlvorstand für die Hauptpersonalratswahlen kommissioniert. Die örtlichen Wahlvorstände holten ihre Wahlunterlagen ab beziehungsweise schickten Kuriere durchs Land – dabei unterstützte man sich gegenseitig.

„Die Wahlvorstände haben keine leichte Aufgabe.
Sie verdienen unseren Dank und Anerkennung.“

Während aktuell noch viele die Briefwahlunterlagen an den Wahlvorstand zurücksenden, wird die Urnenwahl an den festgelegten Tagen vom 23. bis zum 26. Juni stattfinden. Wer Briefwahl beantragt hatte, diese aber nicht rechtzeitig zurückgesendet hat, erhält dann nochmals die Möglichkeit, per Urnenwahl zu wählen.

„Wahlen sind immer ein Vorschuss an Vertrauen.“

Auch heute möchten wir für eine Teilnahme an den Personalratswahlen werben. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten – insbesondere diejenigen, die sich in den vergangenen fünf Jahren im Personalrat engagiert haben – haben es wirklich verdient.

Natürlich bitten wir darum, dass die DPoG-Mitglieder ihre Stimmen ausschließlich der Liste der DPoG vergeben.

„Ein Fußballspieler schießt nicht mit Absicht ein Eigentor,
das das eigene Ziel gefährdet!“

In den meisten Polizeipräsidien, an der Hochschule für Polizei, beim Landeskriminalamt sowie beim Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei (PTLS Pol) haben unsere Bezirksverbände gegenseitige Absprachen getroffen.

Um in den Hauptpersonalrat oder in den Gesamtpersonalrat der Hochschule für Polizei gewählt zu werden, sind sehr viele Stimmen nötig – die Stimmen der eigenen Dienststelle reichen hierfür in der Regel nicht aus.

„In der Polizeiarbeit muss man oft taktisch und strategisch vorgehen. Das gilt auch für Personalratswahlen.“

Mit den Absprachen möchten wir unser Ziel unterstützen, dass aus jedem Polizeipräsidium, der Hochschule, dem LKA und dem PTLS Pol ein DPoG-Personalratsmitglied in den Hauptpersonalrat einzieht. Nur die DPoG hat die Chance, das Ziel zu erreichen.

Wer möchte, dass jemand aus dem eigenen Präsidium in den Hauptpersonalrat einzieht, der braucht die Unterstützung anderer Präsidien!

Was für den Hauptpersonalrat gilt, gilt entsprechend auch für den Gesamtpersonalrat der Hochschule. Kleine Dienststellen haben kaum Chancen, aus eigener Kraft einen Sitz zu erringen. Durch Wahlempfehlungen sorgen wir für Chancengleichheit – auch an den Bildungsstandorten.

„Die Verteilung der Sitze erfolgt nach dem D'Hondtschen Höchstzahlverfahren.“

Bei den Wahlen kommt es darauf an, dass die DPoG-Liste so viele Stimmen wie möglich erhält. Im Vergleich zu anderen Listen werden die Sitze nach Stimmenanzahl verteilt – gewählt sind dann diejenigen auf der Liste, die die meisten Stimmen bekommen haben.

Was auf den ersten Blick kompliziert wirken mag, ist eigentlich ganz einfach: Nehmen Sie bei der Stimmabgabe einfach nur noch die Liste der DPoG zur Hand. Das sorgt dafür, dass man sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht „verzettelt“ und keine Stimmen verschenkt.

Für den Haupt- und Gesamtpersonalrat empfehlen wir zusätzlich, die Wahlempfehlungen zu nutzen – das erhöht die Chance, dass auch Ihre Dienststelle einen Sitz bekommt. Auch beim örtlichen Personalrat gilt: Geben Sie alle Stimmen der DPoG-Liste. Und ganz wichtig: Zählen Sie vor der Abgabe Ihre Stimmen nach, damit keine vergessen oder verschenkt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute werbe ich um Ihr Vertrauen bei den Personalratswahlen – das Vertrauen, das Sie uns auch durch Ihre Mitgliedschaft schenken. Ich verspreche Ihnen: Wir werden alles geben, um dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen – in der DPoG und im Personalrat.

Ihr/euer
Ralf Kusterer



CDU-Landes- und -Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel zum Spitzenkandidaten gewählt – DPolG-Chef Kusterer gratuliert



© DPolG

Es gibt politische Veranstaltungen, die gehören zum Pflichtprogramm eines Gewerkschaftsvorsitzenden – so auch der 81. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg, der am 17. Mai in der Carl-Benz-Arena in Stuttgart stattfand. Mehr als 1000 Teilnehmende waren vor Ort. In der zweiten Reihe, direkt hinter den ehemaligen Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger und Stefan Mappus sowie

der früheren Kultus- und Bundesbildungsministerin Annette Schavan: Ralf Kusterer, der Landesvorsitzende der DPolG. Nur wenige Ehrengäste wurden persönlich begrüßt – darunter auch Kusterer. Als einziger Vertreter der Polizei und des öffentlichen Dienstes zeigt das einmal mehr das Standing und die politische Anerkennung, die er sich über die Jahre erarbeitet hat – übrigens nicht nur bei der CDU.

Kusterer gehörte zu den ersten Gratulanten des mit knapp 94 Prozent gewählten Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl. Mit aktuell rund 31 Prozent in den Umfragen besteht eine reale Chance, dass Manuel Hagel der zehnte Ministerpräsident Baden-Württembergs wird.

Hagel und Kusterer verbindet seit Jahren eine enge Zusammenarbeit. So war Kusterer bereits beim letzten Wahlprogramm im Bereich innere Sicherheit eingebunden und während sich andere darüber streiten oder enttäuscht zeigen, dass Kusterer erneut gemeinsam mit Hagel etwas durchgesetzt hatte, wissen beide um die gegenseitige Wertschätzung und die kurzen Wege – manchmal reicht eine einfache Textnachricht.

Kusterer sagte im Anschluss an den Parteitag: „Mit der Wahl von Manuel Hagel verbinde ich vor allem die Hoffnung auf mehr Vertrauen in die Polizei, größere Wertschätzung der Polizeiarbeit und eine personelle Neuausrichtung im Innenministerium. Weg von Skandalen, weg von einem fragwürdigen Umgang mit dem Personal, der persönliche Schäden hinterlässt – hin zu mehr Menschlichkeit und, wie Hagel sagt: ‚gutes Schaffen‘.“

Öffentliche Anhörung im Landtag

Innenausschuss berät über Fußfesseln

Am 7. Mai 2025 fand im Landtag von Baden-Württemberg eine öffentliche Anhörung zu einem Gesetzentwurf* der Fraktion der SPD statt. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte sich der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Engel intensiv mit dem Gesetzentwurf befasst, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem

nach Bundesrecht geschaffenen Gewaltschutzgesetz steht.

Dabei geht es im Kern um die Frage, ob durch die Verpflichtung zum Bei-sich-Führen eines technischen Mittels zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung die verpflichtete Person aufgrund des bekannten Aufenthaltsortes von der Begehung der Tat abgehalten werden kann. Können eine Fußfessel und eine Überwachung von potenziellen Opfern einen wirksamen Schutz bieten?

Jürgen Engel erhob dabei nicht nur personelle und materielle Forderungen, sondern gab auch zahlreiche, viel beachtete Hinweise aus der polizeilichen Praxis, die für eine wirksame Umsetzung gesetzlicher Vorschriften unabdingbar sind.

* Gesetz zum besseren Schutz vor Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Gefahren aufgrund häuslicher Gewalt

INHALT

- 2 CDU-Landesparteitag Fußfesseln im Landtag
- 3 Rand-Gespräche Verabschiedung Wolfgang Kleebauer
- 4–5 DPolG und Medien
- 6–8 Jahreshauptversammlungen der Verbände Calw, Offenburg, LKA, Mannheim, Balingen
- 8 DPEC 2025



© DPolG

Rand-Gespräche

Veranstaltungen wie ein Parteitag bieten immer die Möglichkeit für Gespräche, kurze Zurufe und Absprachen – oder eben einfach Begegnungen mit netten Menschen, die man einfach gerne mal trifft.

Thorsten Frei – Chef des Bundeskanzleramts

Was viele nicht wissen: Der heutige Chef des Bundeskanzleramts hat eine besondere polizeiliche Sozialisation. Sein Vater war Polizist, sein Bruder ist Polizist und in der Familie gibt es weitere Angehörige, die den Polizeiberuf ausüben. Jemand, der die Sorgen und Nöte der Polizei kennt und auf den man im politischen Berlin bauen kann.



© DPoIG (4)

Marion Gentges – Justizministerin

Wer zuschaut, wie sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und die amtierende Justizministerin Marion Gentges begegnen, stellt schnell fest, dass sie sich herzlich umarmen und offensichtlich sehr gut verstehen. Sie gehört zu den wenigen, denen man die Übernahme des Innenministeriums in einer nächsten Legislaturperiode zutraut. Sie hört zu, geht auf Menschen zu und wenn sie über innere Sicherheit spricht, dann klar und eindeutig. Aktuell fordert sie eine erweiterte DNA-Analyse im Strafverfahren – an ihrer Seite dabei ist der DPoIG-Landesvorsitzende, der gerne auch mal mit einer Pressemitteilung die gemeinsame Linie unterstützt.



Guido Wolf – Vorsitzender des Ständigen Ausschusses, Justizminister a. D.

Er gilt zu Recht als Freund der Polizei – und das wissen insbesondere all diejenigen, die in seinem Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen oder seinen Betreuungskreisen ihren Dienst verrichten. Der direkte Kontakt ist ihm wichtig: Zeit für einen Kaffee nach Schichtende, Besuche in den Revieren. Und als Jurist interessiert er sich für Themen wie den gewerkschaftlichen Rechtsschutz. Er ist einer der Kümmerer – und wenn man den DPoIG-Landesvorsitzenden nach ihm fragt, lobt er seine aktive Wahlkreisarbeit, die kaum jemand so intensiv betreibt: morgens im Kindergarten, abends bei Vereinen und Menschen vor Ort.



Bernhard Rotzinger – Stadtrat und Vorsitzender der CDU Freiburg, Polizeipräsident a. D.

Nach seiner aktiven Dienstzeit als Polizeipräsident übernahm Bernhard Rotzinger kommunalpolitische Verantwortung in Freiburg. Während seiner Amtszeit war er ein nahbarer Polizeipräsident, der stets bei Jahreshauptversammlungen der DPoIG die Nähe zur Basis suchte. Sein Interesse an der Polizei sowie deren Sorgen und Nöten ist ungebrochen.



Landestarifkommission verabschiedet Wolfgang Kleebar

In der Tagung der Landestarifkommission am 5. und 6. Mai 2025 wurde der stellvertretende Landestarifbeauftragte Wolfgang Kleebar („Kleebi“) nach seinem Eintritt in den dienstlichen Ruhestand nun auch in den gewerkschaftlichen Ruhestand verabschiedet. Dazu waren die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert, das Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, sowie der DPoIG-Landesvorsitzende und amtierende Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium, Ralf Kusterer, angereist – was sicherlich die Besonderheit der Verabschiedung unterstreicht.

Ralf Kusterer überreichte ihm mit Würdigung und Anerkennung seines Engagements für die Polizei des Landes Baden-Württemberg und deren Beschäftigte eine Urkunde. Damit dankte er Wolfgang Kleebar besonders für die jahrzehntelange Mitgliedschaft im örtlichen Personalrat der Polizeidirektion und des Polizeipräsidiiums Aalen, im Bezirkspersonalrat der Polizei beim Regierungspräsidium Stuttgart, im Übergangspersonalrat des Polizeipräsidiiums Aalen sowie im Hauptpersonalrat der Polizei im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg.



Mit sehr persönlichen Worten skizzierte Edmund Schuler, der Landestarifbeauftragte und stellvertretende Landesvorsitzende, das gewerkschaftliche Wirken von „Kleebi“. Dabei hob er nicht nur dessen gewerkschaftliches Engagement hervor, sondern auch seine vielen Leidenschaften und Talente, die er beispielsweise mit der Fotografie immer wieder in die Arbeit einbrachte – genauso wie seine Begeisterung für Computer und Technik. Wichtig war es Schuler aber, die persönliche Unterstützung, sein freundliches Wesen, seinen Humor und seinen unermüden Einsatz zu betonen, die das Tarifteam bereichern haben.

Für den Ruhestand wünscht auch die Polizeispiegel-Redaktion viel Glück und bleibende Gesundheit.



© DPoIG (2)



Ob Radio/Rundfunk oder TV, ob Printmedien oder soziale Medien – die DPoIG-Mandatsträger sind gefragte Interviewpartner. Auch im April und Mai waren wir regional, aber auch bundesweit in den Schlagzeilen.

Nahezu wöchentlich, oft sogar häufiger, erreichen uns Presseanfragen. Es geht um Informationen und Bewertungen von Sachverhalten, Einschätzungen zu Themen der inneren Sicherheit und insbesondere zur Polizei. Gefragt sind außerdem unsere Positionen, unsere Forderungen, herausragende kriminal- und polizeiliche Ereignisse sowie unsere Einschätzungen zu Gesetzgebungsverfahren und Rechtsprechung. Aus der Polizei – für die Medien. Und das nahezu 24/7. Auch hier zeigt sich: Nähe ist unsere Stärke. Die Kamerateams von ARD und SWR sind in wenigen Minuten an der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle. Und auch in Berlin befinden sich das ARD-Hauptstadtstudio, das ZDF, Welt-TV, RTL und weitere Medienhäuser direkt in der Nachbarschaft.

TASER (23. April 2025) – SWR – Nach Todesschüssen in Oldenburg: Polizeigewerkschaft fordert Taser auch in BW

Zitate aus der Berichterstattung von Kusterer:

„Ich erwarte, dass der Innenminister und alle, die mit dem Sicherheitsbereich zu tun haben, sich hinter die Polizeibeamten stellen.“

„Rheinland-Pfalz setzt seit Jahren den Taser im Streifendienst ein. Warum wir das nicht können sollen, weiß ich nicht.“



Messer- und Waffenverbot im ÖPNV: Polizeigewerkschaft hat Zweifel – SWR Aktuell (24. April 2025)



Die grün-schwarze Landesregierung plant ein generelles Waffen- und Messerverbot in allen Bussen und Bahnen in Baden-Württemberg. Allein im vergangenen Jahr zählte die Polizei im Land 222 Messerangriffe im Nahverkehr. Deshalb begrüße die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg das Verbot, heißt es.

Mit dem geplanten Verbot habe die Polizei künftig mehr Möglichkeiten, Menschen zu durchsuchen, so der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg, Ralf Kusterer. Dennoch ist die geplante Verordnung laut Kusterer kein Allheilmittel. Mehr Messer könnten zwar aus dem Verkehr gezogen werden, aber mehr Kontrollen könne es kaum geben. Es fehle Personal.

So oft wurden 2024 bei der Polizei in BW Schusswaffen eingesetzt – SWR (26. April 2025)

13 Mal haben Polizeikräfte in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ihre Waffe gegen Menschen eingesetzt. Drei Personen wurden dabei getötet, neun verletzt. Das gab das Innenministerium bekannt.

Gewerkschaft beklagt zunehmende Angriffe

„Fast alle Fälle aus 2024 sind nach unseren Informationen gerichtlich abgeschlossen“, sagte Ralf Kusterer, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg. „Die Staatsanwaltschaften haben festgestellt, dass die Schusswaffe zu Recht eingesetzt wurde.“ Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten handelten korrekt. Dennoch betonte Kusterer die enorme psychische Belastung für die Einsatzkräfte, die zum Schusswaffengebrauch gezwungen waren.

Angriffe auf die Polizei nähmen allgemein zu, kritisierte Kusterer. „Wir stellen dazu fest, dass wir es mit immer mehr Menschen zu tun haben, bei denen psychische Vorerkrankungen oder Erkrankungen vorliegen.“



Mord an dem Polizisten Rouven Laur: Polizeigewerkschaftler wirft Islamkritikern Ehrlosigkeit vor (12. Mai 2025)

In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten und der Stuttgarter Zeitung nahm Ralf Kusterer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), mit positiver Wirkung Stellung zu einer von Pax Europa geplanten Veranstaltung am Jahrestag des tödlichen Angriffs auf Rouven Laur in Mannheim. Die Gruppe hatte am Tatort auf dem Mannheimer Marktplatz eine Gedenkveranstaltung angemeldet.

Massive Kritik der Polizeigewerkschaft an Pax Europa

Kusterer warf dem Verein vor, das Gedenken an den getöteten Polizisten für politische Zwecke zu instrumentalisieren: „Es widert mich an, wie das Gedenken an unseren geschätzten Kollegen hier missbraucht wird. Leider sind und waren die Aktionen von Pax Europa – aber auch der AfD – schon damals unmittelbar nach dem widerlichen Attentat nur die Spitze des Eisbergs.“

Er stellte klar, dass er von beiden Gruppen keine politische Moral erwarte. Solche Aktionen schadeten nicht nur der demokratischen Kultur und dem Vertrauen in den Rechtsstaat, sondern belasteten vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die um den getöteten Beamten trauern. „Aus dem Leid, der Trauer und dem Gedenken an einen auf schreckliche Art ermordeten Polizisten politisches Kapital ziehen zu wollen, ist ehrlos und verabscheuungswürdig.“



Kritisierte Gedenkveranstaltung in Mannheim abgesagt (14. Mai 2025)

Die selbst ernannte „Bürgerbewegung Pax Europa“ hat eine für den 31. Mai auf dem Mannheimer Marktplatz angemeldete Gedenk-

Am 2. Juni 2024 verstarb Polizeihauptkommissar Rouven Laur an seinen schweren Verletzungen, die er beim Messerattentat vom 31. Mai auf dem Mannheimer Marktplatz erlitten hat. Die Stadt Mannheim möchte allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, an dieser Stelle Blumen und Kerzen als Zeichen der Trauer und Anteilnahme niederzulegen. Aus Gründen des ehrenden Andenkens an den Getöteten bitten wir, von politischen Bekundungen abzusehen. Die Stadt Mannheim plant derzeit die Errichtung eines dauerhaften Erinnerungsorts.

STADTMANNHEIM

veranstaltung abgesagt. Die umstrittenen Islamkritiker hatten geplant, am Jahrestag des mutmaßlich islamistischen Anschlags mit rund 30 Teilnehmenden am Tatort an den ermordeten Polizisten Rouven Laur sowie die weiteren Opfer der Messerattacke eines afghanischen Täters zu erinnern.

Die geplante Veranstaltung war zuvor auf scharfe Kritik von der Polizeigewerkschaft gestoßen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und baden-württembergische Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, hatte Pax Europa vorgeworfen, das Gedenken an den ermordeten Polizeihauptkommissar „für eigene Zwecke kapern zu wollen“.

Mehrarbeit durch aufwendige Kontrollen „Ziel verfehlt“: Polizei und Justiz in BW kritisieren Cannabisgesetz (17. Mai 2025)

Im SWR nahm Ralf Kusterer Stellung zu den polizeilichen Auswirkungen auf die Polizeiarbeit.

Die Teillegalisierung von Cannabis vor gut einem Jahr sollte den Schwarzmarkt austrocknen – doch Polizei und Justiz beklagen das Gegenteil. „Die polizeilichen Kontrollen der Besitzmengen und die Bekämpfung des illegalen Handels sind damit wesentlich komplexer geworden“, teilte das Innenministerium mit.

Polizeigewerkschaft: „Schwarzmarkt boomt“

Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), kritisierte mit Blick auf das Gesetz: „Es hindert uns daran, wie bisher die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Der illegale Drogenschwarzmarkt boomt.“ Die Polizisten müssten einen deutlich höheren Aufwand betreiben, um Dealer zu überführen.



Unterschiedliche Auffassung und Forderungen der Polizeigewerkschaften

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert die Abschaffung des Gesetzes. Mit der Freigabe von Cannabis werde den Konsumentinnen und Konsumenten suggeriert, dass dabei kein oder kaum ein Risiko bestehe, sagte Kusterer.

Die Gewerkschaft der Polizei hingegen spricht sich für eine Anpassung des Gesetzes aus: Statt Anbauvereinigungen solle es Modellregionen mit staatlich kontrollierter Abgabe von Cannabis durch Geschäfte oder Apotheken geben. Dies war ursprünglich als zweite Säule – neben den Anbauvereinigungen – durch die damalige Bundesregierung geplant.



© DPoIG (5)

Jahreshauptversammlung
Calw in Wildberg

DPoIG vor Ort

Jahreshauptversammlung Calw

Am 5. Mai 2025 folgten fast 60 Teilnehmende der Einladung des Kreisvorsitzenden und amtierenden Bezirksvorsitzenden Uwe Grandel. Darunter auch Polizeivizepräsident Bölle als Ehrengast, der sich inhaltlich einbrachte und sich sichtlich wohl bei der DPoIG fühlte. Der Nachmittag war geprägt von neuesten Informationen: Aktuelle berufspolitische Themen wurden vom Landesvorsitzenden Ralf Kusterer vorgetragen und im Anschluss gemeinsam diskutiert. Mit dabei war auch das Wahlquartett um Uwe Grandel – gemeinsam mit Dirk Preis, Christian Stemmler und Frank Raisig.

Offenburg – Mitgliederversammlung in der Lahrer Dammenmühle

Zahlreiche Mitglieder fanden am 6. Mai 2025 den Weg zur Lahrer Dammenmühle, um an der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Offenburg teilzunehmen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Neuwahlen sowie die anstehenden Personalratswahlen. Die Versammlung war vom Kreisvorsitzenden Andreas Bix und Geschäftsführer Michael Hess bestens vorbereitet – und hinterließ rundum zufriedene Gäste.

Jahreshauptversammlung
Offenburg



Jahreshauptversammlung
LKA

Gewählt wurden:

Kreisvorsitzender	Andreas Bix
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Mathias Reitter
Kreisgeschäftsführer	Michael Hess
Kreisschatzmeister	Ralf Mättler
Kassenprüfer	Patrick Schote/ Simon Schmitt
Vertreter JUNGE POLIZEI	Kevin Herrmann/ David Schönle
Kreistarifbeauftragte	Iris Soldo/ Cordula Enderle
Seniorenbeauftragter	Dieter Kirschbaum
Kreisfrauenbeauftragte	Tamira Mild/ Gabriele Foßler
Beisitzer	Dirk Weiß/Mathias Lipok

Jahreshauptversammlung Landeskriminalamt

Der Präsidialverband „Landeskriminalamt“ hatte am 8. Mai 2025 in die Vereinsgaststätte des VfL Stuttgart eingeladen. Viele Mitglieder folgten der Einladung, um sich über aktuelle berufspolitische Entwicklungen zu informieren. Das DPoIG-Team um Markus Kaufmeyer hat in den vergangenen Jahren hervorragende Basisarbeit geleistet. Gemeinsam mit Jonas Armbruster und Claudia Stark – die zugleich das engere Personalratsteam bilden – konnte der Mitglie-

derstand weiter positiv entwickelt werden. Darüber freuten sich auch der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, sein Stellvertreter Jürgen Engel sowie Dirk Preis vom geschäftsführenden Landesvorstand.

Kreisverband Mannheim mit neuer (alter) Mannschaft

Die Anfahrt zum Tagungsort war so vielversprechend wie sein Name: „Golfplatz Heddesheim – Gut Neuzenhof“. Das Ambiente erwies sich als besonders, das Essen als „polizistengerecht“ und die Stimmung war ausgelassen und durchweg positiv. Das Wahlquintett Preis, Kusterer, Grandel, Stemmler und Raisig präsentierte sich entschlossen, um künftig die entsprechenden Präsidien im Innenministerium engagiert zu vertreten. Die Formalitäten wurden zügig erledigt, die Kasse solide aufgestellt und die Wahlen bestens vorbereitet. Überraschungen blieben aus – und so darf man sich auf ein engagiertes und motiviertes Team in den kommenden fünf Jahren freuen.

Kreisvorsitzender	Frank Raisig
Stellvertretende KV-Vorsitzende	Peter Karg/Miriam Hild
Kreisgeschäftsführer	Kurt Sandrisser
Kreisschatzmeisterin	Andrea Ries
Kassenprüferin	Mirjam Feist
Kassenprüfer	Rolf Wusterhausen
Vertreterin JUNGE POLIZEI	Nina Bonath
Kreistarifbeauftragter	Karl-Heinz Merk
Seniorenbeauftragter	Wolfgang Müller
Kreisfrauenbeauftragte	Andrea Ries



Jahreshauptversammlung
Mannheim



Jahreshauptversammlung
Balingen

Kreisverband Balingen weiter im Aufwärtstrend

Ein kleiner Kreisverband, ein Freitagabend – und fast 40 Teilnehmende: Das gelang einem der engagiertesten Kreisvorsitzenden, Uwe Stegmeier, gemeinsam mit seinem Team. Gerne präsentierten sie sich – zusammen mit den Geehrten – der freundlichen Fotografin für ein Erinnerungsfoto. Natürlich wurde die Veranstal-

tung auch durch die starke Unterstützung des Landesverbands aufgewertet: Mit dabei waren Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender, Bezirksvorsitzender Uwe Grandel (Pforzheim) sowie Dirk Preis vom geschäftsführenden Landesvorstand. Die Gespräche waren kurzweilig, die Informationen hochinteressant – und die Verpflegung in „Tommy’s Gastronomie“ in Hechingen absolut empfehlenswert.

DPEC 2025 in Villingen-Schwenningen

DPoIG unterstützt Deutsche Polizeieishockey-Meisterschaften

Vom 9. bis 11. Mai 2025 fand im Eisstadion Schwenningen die DPEC 2025 statt. Ausrichter waren die Black Forest Mounties Schwenningen, die sich bei diesem bundesweiten Turnier einen hervorragenden 3. Platz sichern konnten.



Wie bereits in den Vorjahren unterstützte die DPoIG die Veranstaltung. Darüber hinaus war der DPoIG-Kreisverband Schwarzwald-Baar mit Unterstützung von Uwe Grandel, Bezirksvorsitzender Pforzheim, am gesamten Samstag vor Ort. Neben einem Infostand galt das besondere Augenmerk den Kindern.

Auch für das Team am Stand war es ein toller Tag mit vielen positiven Eindrücken und Begegnungen.



Anica Kammerer, Holger Dilger, Lukas Villing und Uwe Grandel
(von links)

IMPRESSUM

Redaktion:
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)
Telefon: +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Die 32. DPEC in Villingen-Schwenningen bot erneut ein sportliches Highlight auf hohem Niveau. 24 Mannschaften traten gegeneinander an, mehr als 400 Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet reisten auf eigene Kosten in den Schwarzwald, um sich in einem fairen Wettkampf zu messen.